

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstage und Montage aus  
einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf  
1,50 M. im voraus zahlbar, von den Expeditionen selbst abgeholt 1,30 M. Für Vor-  
zug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Vertrieb  
bezieht sich auf Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.  
möglichst Geldzahlungen, per Brief für Deutschland und Österreich 10.- M.  
Reaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Steile Straße 54.

Die schillingbetonte Kampfbroschüre über den Krieg kostet 4.- M. einschließlich  
Lehrerzusatzblatt. Kleine Anzeigen: Das erste Heft 2.- M., jedes weitere  
Heft 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Dauernde Anzeigen laut Tarif.  
Familien-Anzeigen und Verlobungsblätter 2,20 M. erste drei Heft. Stellen-Anzeige  
in den Anzeigen des Freitagblattes 1,50 M. jedes weitere Heft 1.- M.  
Verleger: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4546, 4923

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Das Münchener Zollhaus

### Die Kahrregierung in der Klemme

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten)

München 10. Februar.

Die sozialdemokratischen Organe beider Richtungen in Nürnberg drängen in ihrer gestrigen Ausgabe mit der Forderung von München und mit der Bildung einer Republik Franken. In dem Aufruf unserer Partei heißt es:

„Die Kreisleitung der USPD Nordbayerns fordert alle Ortsvereinigungen in dieser ersten Stunde auf, die Arbeiter, Angestellten, Beamten und alle freiheitlich Gesinnten zur Bereitschaft aufzurufen, damit der Münchener Regierung der eiserne Wille der arbeitenden Bevölkerung entgegengestellt werden kann. Hundertmal mehr Interessen verknüpfen die nordbayrische Arbeiterchaft mit dem Reich, als mit dem Zollhaus, das gegenwärtig in München herrscht. Wenn die Münchener Regierung nicht schleunigst klipp und klar erklärt, wie das die Verfassung fordert, sich der Außenpolitik des Reiches unterzuordnen, dann wird Nordbayern die notwendigen Konsequenzen zu ziehen haben.“

Der Nürnberger Stadtrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, mit den Stimmen der Demokraten, Rechtssozialisten, USPD, und SPD, gegen 5 Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, einen Protest gegen die Haltung der Regierung Kahr in der Entwaffnungsfrage. Es wird darin die sofortige Ausgabe des Widerstandes gegen die Politik der Reichsregierung gefordert.

Die reichs- und verfassungstreuere Parteien des bayerischen Landtags sollen sich mit der Frage der eventuellen Bildung einer Gegenregierung in Nürnberg befassen, da sich die Regierung Kahr außerhalb der Reichsverfassung gestellt hat und als Rebell betrachtet werden muß. Die Separatisten setzen jetzt wieder ihre stärkste Hoffnung auf die Regierung Kahr. Unser Münchener Parteiorgan der „Kampf“, meldet heute: Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die Reichsregierung beabsichtigt, Schritte gegen die bayerische Regierung zu unternehmen, falls sich diese ihrem Standpunkt in der Entwaffnungsfrage nicht unterwirft. Zuletzt will sich die Reichsregierung in diesem Fall in Form einer Proklamation an die bayerische Bevölkerung wenden.

Das ist die richtige Sprache. Das ist das einzig wirksame Vorgehen! Die proletarische Einheitsfront ist vor allem auch dank den Bemühungen unserer Genossen, die bereits mehrere Wochen zurückliegen, ausgerichtet. Die Arbeiter, nicht mehr verwirrt durch die national-bolschewistischen und kommunistischen Wirkkräfte, nicht mehr eingeschüchtert durch eine übermüdete Reaktion, treten auf den Plan. Mit Recht sagen sie, daß das Verhalten des bayerischen Staatsreichsministeriums ein unerträgliches, freches, verfassungswidriger Skandal ist, daß es sich bei diesen aufgeregten Faselhansen um Rebellen handelt, um Kappisten, die so oder so niedergezwungen werden müssen. Es ist dieselbe Situation, wie in den Kaputttagen, nur daß das Vorgehen des Kahr noch unverantwortlicher und tödlicher ist, als selbst das des Kapp. Es muß hinzugefügt werden, daß hinter Kahr sich selbst jetzt noch die Deutschnationalen stellen. Die Partei der Herzt und Helfertier ist bereit, die Einheit des Reiches zu sprengen, weil sie sich davon eine Förderung ihrer reaktionären Pläne verspricht. Die Deutschnationalen begünstigen das Abenteuer des Kahr, sie wollen das deutsche Volk, so aussichtslos es ist, von neuem den Gefahren eines Krieges und der Besetzung ausliefern. Das muß festgestellt werden. In München selbst aber wird Herr Kahr unterstützt von allen bürgerlichen Parteien, auch von der Bande, die sich bayerische Demokratie nennt, und ebenso vom bayerischen Zentrum. Wo es den bürgerlichen ausichtsreich erscheint, dort unterstützen sie eben alle die tollste Reaktion.

Aber diese ganze Herrlichkeit hört an der Donau auf, in Nordbayern wirkt der Druck der Arbeiterchaft und dort beginnen auch die bürgerlichen Parteien von dem Kahr abzuhinken. Es ist aber höchste Zeit, daß der Spule ein Ende nimmt. Wir sind schon zwei Tage nach Fasching-Dienstag. Die Reichsregierung, die einen großen Teil Schuld an dieser ganzen Entwicklung trägt, wird endlich klare Stellung nehmen müssen und das verfassungsmäßige Recht des deutschen Reichstags wahrnehmen müssen, die auswärtige Politik selbst zu bestimmen, und sich nicht von Münchener Staatsstreichern vergewaltigen zu lassen. Die Arbeiterchaft aber muß festhalten bleiben und weiter kämpfen, bis das Ministerium Kahr und damit die bayerische Reaktion endgültig in die Flucht geschlagen ist.

### Die Furcht vor der Wahrheit

Die Interpellation der Unabhängigen über die vom Ministerpräsidenten Dr. von Kahr in der Berliner Ministerkonferenz am 6. Februar eingenommene Haltung wird voraussichtlich von der Regierung nicht beantwortet, und haer vom Landtag nicht be-

sprochen werden, weil in Berlin die Vertraulichkeit der Verhandlungen vereinbart worden ist.

### Seillose Zerfahrenheit

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten)

München, 10. Februar.

Die kommunistische „Neue Zeitung“ legt sich heute mit der Zentrale der SPD, wegen ihrer chauvinistischen Stellungnahme zu den Pariser Beschlüssen auseinander und behauptet, daß die Haltung der Münchener SPD im Einklang mit den Grundätzen der Partei stehe. Der Kommunist Otto Thomas, der für das Zusammengehen mit den deutschnationalen Studenten eintrat, hat nach einer Mitteilung des gleichen Blattes seine öffentliche politische Tätigkeit eingestellt, bis die Seltung zwischen der Münchener SPD und der Berliner Zentrale geklärt ist.

### An alle Verbrecher!

Die „Bayerische Mittelpartei“, hinter der sich die deutschnationalen Kriegstreiber verbergen, erläßt folgenden Aufruf:

#### An alle Bayern!

Wird Berlin schwach? In Berlin wollen gewisse Kreise mit unseren Feinden verhandeln über deren Schandforderungen. Dem „Nein“, „Niemals“, das hier in vielen Kundgebungen tausendfach ausgesprochen wurde, setzen sie schwächliche Angst gegenüber. Sie fallen unserer tapferen bayerischen Regierung in den Rücken, sie mißachten ihren starken deutschen Willen. Sie opfern Deutschland, Bayern, heraus zur Rettung des Deutschen Reiches, das wir Bayern einig und stark erhalten wollen! Laßt uns vorangehen in Mut und Entschlossenheit!

Die „Deutsche Zeitung“ nimmt diese Kampfanlage auf und bringt sie an hervorragender Stelle mit der Ueberschrift: An alle Deutschen! Richtiger müßte es heißen: An alle Verbrecher! Denn nichts weiter als Verbrecher sind alle diejenigen, die Bayerns Politik unterstützen, die das deutsche Volk unter allen Umständen in eine neue Katastrophe hineinziehen wollen.

### Die Pariser Kammer über die Ententeforderungen

(Fortsetzung der Debatte — Vertrauensvotum für Briand)

Paris, 8. Februar.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung legt Finanzminister Doumer seine Rede fort und erklärt, nach 1870 sei die Ausfuhr Frankreichs um 200 Prozent gestiegen. Angesichts der großen Bedürfnisse von Europa werde Deutschland denselben Aufschwung nehmen. Er schähe deshalb die abänderungsfähigen Annuitäten auf drei Milliarden im Jahre, was zu 5 Prozent ein Kapital von 61 552 000 000 ausmache. Das ergebe zusammen mit den feststehenden Jahreszahlungen 148 Milliarden Goldmark. Der Anteil Frankreichs betrage also 77 021 000 000. Die Regierung habe energig die Interessen des Landes verteidigt. Sie werde das in London mit der gleichen Energie und mit dem Wunsch tun, das Maximum zu erlangen.

Ministerpräsident Briand sagt, gewiß hätten die verschiedenen Ziffern nicht miteinander übereingestimmt. Es sei seine Pflicht, Vertrauen zu verlangen. Er sei Anhänger der engsten Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Parlament. Ohne politische Hintergedanken habe er volle Aufklärungen gegeben. Er könne nicht sagen, was die nächsten 42 Jahre bringen. Frankreich sei nicht isoliert. Was ihn beherrscht habe, sei, Deutschland gegenüber die Einigkeit der Alliierten aufrecht zu erhalten. Er habe Deutschland hindern wollen, die Alliierten zu trennen. Als man im Falle erfahren habe, daß die Konferenz sich nicht ohne ein Abkommen getrennt habe, habe sich Freude bei allen gezeigt. Er bedauere, daß Amerika nicht anwesend gemeldet sei, aber der Uebergang der Regierungsgewalt sei in Amerika eine langwierige und bedeutende Angelegenheit. Hätte er mit verführten Armen warten können? Seine Regierung sei vollständig mit den vorangegangenen Regierungen. Die Abkommen von Boulogne und Spaai seien von ihm nicht ignoriert worden. Man habe daran gearbeitet, aus der Ungeklärtheit herauszukommen. Es wäre ein Leichtes gewesen, Kunststücke mit den kapitalistischen Summen zu treiben, aber was sicher ist, sei, daß Deutschland bezahlen müsse. Wenn morgen, angesichts der Rechte Frankreichs, angesichts der Opfer, die es gebracht habe, er Widerstand erfahren werde, dann werde man sehen, ob er schwach sei. Er bedauere, daß diejenigen, die nicht die Verantwortung für die Macht tragen, der Regierung nicht eine andere These vorgelegt hätten. Er verlange eine klare Abstimmung. In bezug auf die Kriegsschulden hätte er gern eine Regelung gesehen, er werde aber eine große Anstrengung im Interesse Frankreichs machen. Es sei nicht schwierig, andere Unterhändler zu finden. Er werde ihnen mit allen Kräften helfen, aber wenn er die Verhandlungen in London führen solle, dann müsse ihm die Kammer ein von Herzen kommendes Vertrauen geben.

Es folgte die Abstimmung über die von der Regierung angenommene Tagesordnung. Diese Tagesordnung wurde, wie bereits gemeldet, mit 387 gegen 125 Stimmen angenommen.

## Krieg gegen Frankreich?

Uns wird geschrieben:

In der „Deutschen Zeitung“ fordert ihr jehiger Schriftleiter, Max Maurenbrecher, das deutsche Volk solle in den 14 Tagen, die das finanzielle Diktat der Entente ihm noch Zeit lasse, sich und alles Seinige einem militärischen Diktator zur nationalen Verteidigung unterstellen, wie es Rom nach der Niederlage bei Cannae getan, das heißt: sich bewaffnet gegen Frankreich erheben.

Hat Maurenbrecher noch nicht genug daran, daß fast zwei Millionen Deutsche im Kampf gefallen, ebensoviel zu Krüppeln oder unheilbar stoch geworden sind, weiß er von den ungezählten Millionen Opfern, die der wahnwitzige Krieg und seine Folgen in den uns vormals verbündeten oder feindlichen Ländern forderten?

Träumt Maurenbrecher, daß der Militärdiktator, selbst wenn er die innerpolitischen Widerstände, den Bürgerkrieg bezwänge, im neuen Durchbruch durch Belgien oder diesmal vielleicht mit den Münchener Orksarmeen durch die Schweiz, den „Erbfeind“ Frankreich nummehr niederschläge?

Wissen Maurenbrecher und der kleine, aber unvermindert wie im Juli 1914 mächtige militärische Klüngel, der ihn als Schlachtruf vorschiebt, wissen sie nichts mehr von der technischen Ueberlegenheit des westlichen Gegners, die Deutschland 1918 zu Fall brachte und bringen mußte, und die seither durch unsere Entwaffnung, durch Frankreichs Grenzvorrücken bis zum Rhein und über dessen Brückenköpfe und besonders durch Frankreichs Luftkriegsmaßnahmen überwältigend verstärkt wurde? Hat Maurenbrecher sich mal von einem wirklich militärischen Sachverständigen unterrichten lassen, wieviel französische Fliegertruppen jetzt an Deutschlands Grenzen bereitstehen, und was, wenn Deutschland den Krieg eröffnete, binnen 24 Stunden von unseren Bahnhöfen, Eisenbahnbrücken usw. noch übrig bliebe?

Dabei immer die volksbetriegende Hehe gegen Frankreich allein, als stände nicht Belgien militärisch verbündet hinter ihm (während Deutschland ohne jeden Verbündeten steht), als würden nicht England und auch die Vereinigten Staaten wieder an Frankreichs Seite treten. Schamlofer als während des Krieges, wird unser armes Volk andauernd von diesen Hehern betrogen: nur Frankreich sei unser Feind gewesen, nur Frankreich werde unser Feind sein, England und Amerika werden „Frankreich in den Rücken fallen“ — genau wie es normals grüßwahnwitzig blieb: „von Italien, von Japan spricht man nicht“, und „hier werden neue Kriegserklärungen angenommen“!

Jeder von uns gedenkt nicht nur der Kriegshungerjahre, sondern weiß, wie jammervoll die Ernährung weitester Volksschichten gerade jetzt ist. Durch hunderte wohl begründete Denkschriften, Statistiken und Aufrufe appellierten wir wenigstens für unsere hungernen, hinziehenden Kinder an die Wohltätigkeit der Neutralen, an unserer Besieger Gewissen. Wie aber denkt sich Maurenbrecher Deutschlands Ernährung, wenn der Militärdiktator den Krieg gegen Frankreich eröffnet?

Ich spreche nicht einmal davon, daß die Militärdiktatur, die auch so knappen Lebensmittelvorräte in Deutschland sofort größtenteils für die Heeresverpflegung beschlagnahmte; auch nicht davon, daß der freventlich entseelte Bürgerkrieg, Rahmlegung unserer Eisenbahnen durch feindliche Flieger und Kohlenmangel alle großen und kleinen Städte sofort in Hungersnot brächten. Aber ich frage Maurenbrecher: Hat er sich überlegt, was jetzt in dem Augenblick geschähe, wo England aufs neue die Blockade über Deutschland verhängt — heute, wo wir mangels jeder Kriegsslotte auch nicht die leiseste Möglichkeit haben, diese Blockade zu durchbrechen?

Als England im August 1914 den Krieg erklärte, wußte noch keiner von uns, aber heute weiß jeder: was Lebensmittelwucher und Hungern bedeuten. In dem Augenblick, wo Englands neue Blockadeerklärung auch nur droht, würden binnen einer Stunde alle Lebensmittelgeschäfte von Käufern gestürmt, würden — ob auch der Militärdiktator Todesstrafe dagegen verhängt — tausende Händler die Vorräte aus ihren Läden verbergen, um sie später zu hundertsfachen Wucherpreisen fernzutragen, und die Menge, wahnwitzig vor Hungersangst würde die Plünderungen beginnen. Freilich weiß ich, daß die Alldeutschen längst und gerade auf diesen Augenblick warten, um den Plünderern durch Spitzel ihre Lösung zu geben: auf gegen die Juden!

Aber diese unausweichlichen inneren Schrecknisse würden gar nicht daran ändern, daß Frankreich und Belgien von Westen, Polen von Osten, wahrscheinlich auch Tschechoslowaken und Italien von Süden den völlig aussichtslosen deutschen Aufstand niederschlagen. Maurenbrecher und die Seinen, deren Namen jeder kennt, würden — wie die Kappputschisten — „ab nach allen Seiten“ fliehen; aber das schon jetzt aus so viel äußeren und inneren Wunden blutende arme deutsche Volk wäre ums Bleisache schlimmer daran, die Rheinlande, Oberschlesien, Ostpreußen wären verloren.

Gewiß ist die geldliche Last, die Deutschland auferlegt werden soll, bitter schwer. Gewiß haben die Lenker unseres Staatswesens allen Anlaß, eine Ermäßigung dieser Last jetzt und unablässig, und nicht nur allein, sondern

nach besonders durch Vermittlung der Neutralen anzustreben, die an der uns auferlegten Ausfuhrabgabe und überhaupt an unserem wirtschaftlichen Wohl und Wehe dauernd interessiert sind. Aber es ist ganz zwecklos und unwirksam, statt mit dem harten Gläubiger zu akkordieren oder akkordieren zu lassen, ihn maßlos zu beschimpfen oder „den wilden Mann“ zu spielen.

Gewiß ist die geldliche Last, die man Deutschland auferlegen will, bitter schwer. Aber vergessen Maurenbrecher und die Seinen, welche — schon so gut wie gewiß scheinende — französische Kriegsschuldigung in Berlin genannt wurde, als August 1914 die deutschen Heere, scheinbar unüberwundlich, fast vor Paris' Toren rückten? Da sprach man von 60, 90, 100 Milliarden, die, wie nach dem 1870/71er Kriege, die deutschen Großbanken und aus ihnen alle Adern der nun ungemessen emporblühenden deutschen Industrie und Weltgeltung befruchten würden — wohlgerne: nach vierwöchiger (nicht 14-jähriger) Kriegsdauer und ehe deutsche Militärs Nordfrankreich „planmäßig“ und sich dessen laut rühmend, zur Wüste gemacht hätten.

Sind nicht in Frankreich doppelt so viele Kriegswitwen und -weisen, wie bei uns, und ziemt es uns nicht, statt lediglich um elendes Geld zu jammern, auch mal daran zu denken, daß nicht nur das blutende Deutschland, sondern auch das mit- und stärker blutende Frankreich edelste Teile der wieder zu heilenden gemeinsamen Mutter Europa sind, eines nicht ohne das andere bestehen und wirken kann?

42 Jahre lang zahlen? O, wie vieles kann in 42 Jahren geändert werden, welche grundverschiedenen politischen Konstellationen, welche staatlichen und sozialen Veränderungen können in Deutschland und in seinen jetzigen Gläubigerstaaten in dieser langen, langen Zeit eintreten und werden sicher eintreten. Wo sind die türkischen Kriegsschuldigungen an Rußland, wo die chinesischen Kriegsschuldigungen wegen des Bogeraufstandes geblieben? In 42 Jahren wird alles ganz anders.

Wenn aber Maurenbrecher und die Seinen, als der Weisheit letzten Schluß ausrufen: „Lieber tot als Sklave!“, so sei das gepflanzte Volk, das jetzt in einen völlig aussichtslosen Aufstand und Krieg hineingeht, daran erinnert: die Helfferich, Ludendorff usw. haben weder bisher gefrontet, noch werden sie Sklaven werden. Sie werden auch nicht für das Volk sterben! Es ist ihnen bisher immer sehr gut gegangen, und, sobald es schief geht, werden sie sich, mit längst bereiten Pässen, nach Holland oder sonstwohin begeben, um Deutschland „den Bürgerkrieg zu ersparen“, und als nationale Dulder behaglich weiterleben. Aber was sie jetzt nicht, ist weniger der Krieg an sich, als vielmehr — ehrlich sei's gesagt — nach ungarischem Vorbild „endlich mal der Judenbande eins auszuwaschen“ und durch Militärdiktatur und Krieg die Arbeiter- und Arbeitslosenmassen um einige hunderttausend Blutopfer und um die Köpfe ihrer Führer zu schwächen — in dem entsetzlichen Wahn, das Vaterland und seine Ehre so zu retten.

## Zur Abstimmung in Oberschlesien

Eine neue „Reinigung“ tut not

Die Zentrale der Kommunistischen Partei hatte ihren Anhängern in Oberschlesien empfohlen, weder für Deutschland noch für Polen, sondern für Sowjetrußland zu stimmen. Diese unter den gegenwärtigen Verhältnissen lächerliche Parole wurde von den ober-schlesischen Kommunisten verworfen; um aber zu zeigen, daß sie nicht weniger geistreich sind, als ihre Berliner Vorgesehten, beschloßen sie die Stimmenthaltung zu empfehlen. Gegen diese Taktik wendet sich nun in einer Broschüre Gerhardt Speil, früher Stadtrat und Stadtverordneter in Kattowitz und Redakteur der kommunistischen Zeitung „Arbeiterpost“, wie er auf dem Titelblatt mitteilt. Speil legt seinen Parteigenossen auseinander, daß sie sich an der Abstimmung beteiligen und für Deutschland stimmen müßten. Parteidisziplin sei eine schöne Sache, „aber nur Disziplin zur Innehaltung der Parteigrundsätze, nicht aber einer lächerlichen

Präsidentenresolution politischer Dummköpfe oder der das Vertrauen der Genossen mißbrauchender Demagogen“. Er will verhindern, daß die proletarische Internationale von Phrasenleuten, „die von den Kommunisten gerade nur den Namen haben und nicht mehr“, lächerlich gemacht werde. Speil führt in seiner Schrift aus:

„Der Beschluß der Vereinigten Kommunistischen Parteien, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen, ist ein Verrat an der Internationale, muß zum größten Nachteil des Proletariats der anderen Länder wirken und ist aus Gründen der Weltpolitik unvereinbar mit den Interessen der werktätigen Bevölkerung, nicht nur Oberschlesiens und Deutschlands, nein, auch Polens, und insbesondere Rußlands.“

Wie das? Nun: Rußlands Proletariat führt einen jahrelangen Titanenkampf gegen die kapitalistische Entente und insbesondere wird seine sozialistische Wirtschaftsform gefährdet durch den Ansturm der brutaleren, erobrerischen Militärdiktaturen der Zarenteure Polen. Unsere russischen Genossen kämpfen um den Bestand ihres sozialistischen Reiches und es ist eine doch nur zu selbstverständliche Pflicht aller Sozialisten der übrigen Länder, unsere russischen Brüder in ihrem Heldentum um den Sozialismus nach Möglichkeit zu unterstützen. Solange eine aktive Beteiligung für die Proletarier der Welt eine Unmöglichkeit bleibt, ist die wirtschaftliche Schwächung der Gegner Rußlands die beste Unterstützung für unsere russischen Freunde, weil dadurch die Bedränger Rußlands am leichtesten dem Frieden geneigt gemacht werden können.

Der junge Militärstaat Polen stellt die Avantgarde des internationalen Kapitals in der Offensive gegen das sozialistische Rußland. Es ist demnach die nächste Aufgabe der Proletarier, Polen das Kriegsführen gegen Rußland durch Entziehung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Krieges unmöglich zu machen, die militärische Struktur Polens dadurch zu zerstören und die polnische Regierung zu zwingen, in Frieden und Freundschaft mit dem russischen Nachbarstaat zu leben. Ein Anlauf zu dieser Maßnahme ist ja durch die Arbeiterschaft mit dem Konsort der kriegführenden Länder im Frühjahr 1920 bereits unternommen worden.

Erhält nun durch die Volksabstimmung Polen das ober-schlesische Industriegebiet zugeteilt, so bedeutet dies eine Stärkung des größten Gegners Rußlands von gar nicht absehbarer Tragweite. Polens militärische Regierung ist dann in der Lage, aus Oberschlesien ungeheure Mengen Kriegsmaterial zu schöpfen und seine Armeen, auf das Beste ausgerüstet, von neuem gegen Rußland zu führen; das durch die dauernden Kriege im Inneren erschöpfte Rußland dürfte dem neuen Ansturm wohl kaum den bisherigen erfolgreichen Widerstand leisten können und mit dem Unterliegen des Sozialismus in Rußland wird mit Notwendigkeit die weitere Entmischung der Weltrevolution zunächst beendet und der Sieg des Sozialismus über die kapitalistische Wirtschaft nicht nur um Jahrzehnte hinaus verzögert.“

Der Verfasser der Schrift beschäftigt sich schließlich noch mit einigen Leuten, die neuerdings als Führer der Kommunisten in Oberschlesien auftreten. „Diese Leute sind keine Kommunisten, es sind Volksbetrüger, die sich feil verkaufen“, sagt er von ihnen. Er schließt seine Schrift mit der Aufforderung an alle ober-schlesischen Arbeiter, ihre Stimme für Deutschland abzugeben, denn das sei proletarische Pflicht.

Es wird der Kommunistischen Zentrale nichts anderes übrig bleiben, als auch in Oberschlesien eine „periodische Reinigung“ vorzunehmen. Freilich wird sie dann fast alle ihre Anhänger in Oberschlesien hinauswerfen müssen, denn die kommunistischen Partosen werden dort selbst von denen nicht ernst genommen, die sich heute noch Kommunisten nennen.

## Verlängerung der Einspruchsfrist für die ober-schlesische Abstimmung

T. A. Oppeln, 10. Februar.

Die Interalliierte Kommission hat die Frist für Einsprüche gegen die Ablehnung der Eintragung in die Stimmlisten bis zum 22. Februar, abends 6 Uhr, verlängert. Es ist hiermit erwidert, daß die Ortsgruppen die letzten Eintragungen spätestens am 18. Februar auf dem üblichen Wege zur Abienung bringen. Wer nicht bereits eine von dem paritätischen Ausschuss unterzeichnete Mitteilung über seine erfolgte Eintragung in die Stimmliste erhalten hat, muß sich sofort bei seiner zuständigen Ortsgruppe der vereinigten Verbände heimattlicher Oberschlesier melden und Einspruch erheben, beziehungsweise diejenigen, denen Ablehnungen oder bloße Empfangsbekundigungen zugegangen sind. Wer nicht Einspruch erhebt, verliert sein Wahlrecht.

gen Zeit kaum erhalten wird), oder Erwerbslosenunterstützung zu beantragen. — Der Sohn, der ebenfalls anwesend war, erklärte mir, daß er im Westen verschüttet war, und daß er von den Aufregungen des Krieges an seinen Nerven einen Knack weggenommen habe, daß er nachts wenig schlafen könne und ihn der Lärm in der Fabrik ganz kaputt mache. Er zeigte mir auch dann noch den Ueberweilungsschein nach einer Nervenklinik. Als ich ging, kam der alte Herr ein Stückchen des Weges mit, er schien noch was auf dem Herzen zu haben und fing auch bald an zu erzählen: Mein Sohn ist nicht mehr wiederzuerkennen, seit er aus dem Felde zurück ist, früher ein geistiger, lustiger Mensch, jetzt still und in sich gekehrt, sitzt oft stundenlang da und stiert vor sich hin, um dann plötzlich wegen Kleinigkeiten Wutausfälle zu bekommen. In der Nacht schläft er oft an, laut zu phantastieren, er kann das Kampfwahl der Front nicht mehr vergessen. Am meisten quält ihn wohl ein Erlebnis aus Rußland. — In der Kampfzeit hatte er einen Russen das Bajonett in den Leib gerannt, der Russe hatte noch im letzten Moment die Hände hochgehoben und den „Panje“ um Erbarmen angefleht. — Doch wer dachte in der Kaiserzeit an Erbarmen. Die Menschen waren ja zu den grauamsten Raubtieren geworden und Mitleid oder Menschlichkeit galt als Feigheit. Je mehr umgebracht wurden, desto größer der Ruhm. Das Bild des Russen verläßt ihn nie. Der früher gute Mensch, der keinem Tierchen etwas zu Leide tun konnte, ist durch den Krieg in einen rufelosen, von Gewissensbissen geplagten Menschen verwandelt, der keine Freude am Leben mehr hat und der Familien das Leben verleidet. — Erschüttert ging ich nach einigen Abschiedsworten meines Weges. Wieder sah ich, daß der elende Krieg ein Familienglück zerstört hatte. —

III. Frau K. stellte einen Antrag auf Erwerbslosenunterstützung für sich. — Die Wohnung besteht aus Stube und Küche, sie ist nur mit dem nötigsten ausgestattet, aber trotz aller Einfachheit merkt man den Sinn für Schönheit. — Frau K. ist Buchmacherin, sie wurde wegen Arbeitsmangel entlassen. In ihrer freien Zeit besorgte sie den Haushalt für sich und ihren kranken Mann. Auf die Frage, was dem Mann fehle, erfuhr ich Frau K., selbst mit ihrem Mann zu sprechen. —

IV. Frau K. war verheiratet (Kriegstrauma). An der Sommererkrankung erkrankte sie an Tuberkulose, wozu sich Tuberkulose entwickelte. Er wanderte von einem Sanatorium zum anderen und wurde als „geheilt“ entlassen, so daß er seinen Beruf im Zeichenfach wieder aufnehmen konnte. Doch das Leben schummerte nur, er hustete, die Kollegen rieten ihm, wieder zum Arzt zu gehen. Der Arzt stellte offene Tuberkulose fest und verbot ihm die Arbeit wegen Ansteckungsgefahr für die Kollegen. Er wurde entlassen und 100 Prozent kriegsbeschädigt erklärt.

## Karlchens Sehnsucht

Einen interessanten Briefwechsel zweier schönen Seelen veröffentlicht die in Wien erscheinende ungarische Tageszeitung „Besz Magyar Ujsag“. Karl von Habsburg, dem offenbar in seinem Pranginer Erzt die Langeweile und die Sehnsucht nach dem Königsornate plagt, richtete ein Schreiben an den ungarischen Erzbischof Csernok, den höchsten Würdenträger der katholischen Kirche in Ungarn, dem nach hergebrachter Sitte die Funktion der Königskrönung zusteht. In diesem Briefe erkundigte sich der wadere Sprößling Habsburgs angelegentlich nach einigen Dingen, die ihn lebhaft interessierten, nämlich, wie die Stimmung der Bevölkerung in bezug auf seine Thronansprüche sei, wie sich insbesondere die hohe und die niedere Geistlichkeit zu dieser Gelegenheit stelle, ob nicht auch die Ansicht des Herrn Erzbischofs dahin gehe, daß der März der geeignete Zeitpunkt für seine (Karls) Rückkehr wäre. Um etwaigen Einwänden von vornherein zu begegnen, erklärte Karl etwas leichthin, von seiten der Entente seien keine Schwierigkeiten zu befürchten, da sich in England und Frankreich die Abneigung gegen die Dynastie Habsburg in letzter Zeit gemildert habe.

In seiner Antwort auf diese Epistel beweist der Erzbischof Csernok, daß er ein würdiger Diener seines Herrn ist. Er bestritt zwar die Wühler des Königs in bezug auf die Stimmung der Bevölkerung nicht — denn wahrheitsgemäß müßte er ja die unangenehme Feststellung machen, daß die Mehrheit des Volkes weder von Karl noch von sonst einer gottgewollten Autorität etwas wissen will, — aber er versichert die Majestät in langatmigen Ausführungen der unwandelbaren Ewigkeit des hohen wie des niederen Alerus, um zum Schluß seiner eigenen Stellungnahme in einigen interessanten Sätzen Ausdruck zu geben. Der Erzbischof schreibt nämlich, er betrachte Karl als den einzig recht-mäßigen Präzendenten und solange dieser König lebe, würde er sich niemals dazu hergeben, irgendeinen anderen Sterblichen die Krone des Heiligen Stephan aufs Haupt zu setzen — nicht einmal dann, wenn ihm diese Belagerung seinen erzbischoflichen Rang lassen sollte. Diese Antwort wird dem darangejagten König sicherlich einige Stunden des Trostes bereiten.

## Die Eisenbahnermorde in Irland

Streikultimatum an die britische Regierung

Und. Tel. London, 2. Februar.

In England droht gegenwärtig ein Streik der Lokomotivführer. Die Gewerkschaft der Eisenbahner hat an die Regierung ein bis zum 14. dieses Monats betrreffendes Ultimatum gerichtet, in dem sie verlangt, daß die Regierung eine neue Untersuchung über die in Mallo in Irland vorgekommenen Morde an Eisenbahnbeamten vornehmen soll. Sollte diese Untersuchung bis zu dem festgesetzten Tage nicht bewilligt sein, so sei an alle Lokomotivführer der Auftrag ergangen, sich für einen Streik bereit zu halten. Die Gewerkschaft verlangt von der Regierung eine Garantie dafür, daß die Eisenbahner für die Zukunft derartigen Angriffen nicht mehr ausgesetzt sein sollen. Wie erinnert, war seinerzeit in Mallo das ganze Eisenbahnpersonal von einer Abteilung Kadetten zusammengezurrt worden. Sie wurden mit erhobenen Händen aus der Bahnstation geführt, darauf wurde der Befehl gegeben, „um ihr Leben zu laufen“. Während sie dies taten, wurde aus Gewehren auf sie geschossen, wobei zwei Eisenbahner getötet und verschiedene verwundet wurden.

## Lehrer als Schöffen

Nach dem Gerichtsverfassungsgesetz sollen Volksschullehrer zu dem Amt eines Schöffen nicht berufen werden, eine vorläufige Bestimmung, die mit den Anschauungen der heutigen Zeit nicht mehr vereinbar ist. Es blieb dem Abgeordneten Kahl (D. B.) vorbehalten, im Rechtsausschuß des Reichstages die gegen die Lehrerschaft gerichtete Ausnahmebestimmung bis zu einem gewissen Grade auch heute noch zu verteidigen. Er wollte nämlich, daß Lehrer, die an Schulen unterrichten, an denen nur eine Lehrkraft tätig ist, auch künftig nicht als Schöffen berufen werden sollen. Genosse Rosenfeld trat für eine Gleichstellung aller Lehrer und für eine Befreiung der Ausnahmebehandlung der Volksschullehrer überhaupt ein. Der Antrag auf plattliche Aufhebung der Ausnahmebehandlung der Lehrer wurde im Ausschuss des Reichstages angenommen.

## Bilder der Zeit

Von D. Heidrich

I.

Ich betrete eine Parterrewohnung im Seitensügel einer der üblichen Berliner Mietskasernen. Finster, feucht und dumpfig ist es hier, ein Dorado für Krankheitskeime aller Art. In der Stube runtergewohnte, einfache Möbel, Flehen von Tapeten an den Wänden. In einem, der nur mit den Inletts überzogenen Betten liegen zwei Kinder. Die Mutter erklärt, daß sie kränzlich sind und es außerdem mit der warmen Kleidung sehr schlecht bestellt sei, so daß es am besten wäre, wenn sie lange im Bett blieben. — Beide Kinder hatten die typischen Merkmale der Unterernährung und der beginnenden Tuberkulose. — Wir betreten die Küche. Wenig Geschirz im Spind und am Küchenschrank ist nur noch vorhanden. Auch hier feucht und kalt. Keine Kohle, aber etwas Holz. — Graues Elend das Bild, das ich täglich sehen muß.

Frau E. ist Kriegeswitwe, der Mann fiel in Rußland und modert dort, wer weiß wo? — Mit Tränen in den Augen erzählt mir die sehr zurückhaltende Frau von ihrem Mann, wie er so gut für die Kinder und sie sorgte und arbeitete, von früh bis spät. Dann mußte er hinaus in den Krieg, seine Lieben, für die er liebte, sah er nicht mehr wieder. — Sie erzählt weiter, wie in der Wirtschaft alles in Ordnung war zu Lebzeiten des Mannes und wie jetzt alles zu Grunde ging. — Krankheit, Hunger, keine Wäsche und Kleidung mehr und kein Geld zur Anschaffung. Die Rente reicht bei weitem nicht hin, um alles zu bestreiten für 3 Kinder und sich. Bis vor kurzem trug Frau E. das Berliner Tageblatt aus, der 11-jährige Sohn hatte ihr geholfen. Eines Morgens hatte sie sich beim Treppenhilfen erkrankt und erkrankt. Sie war wochenlang krank und darf nur diese Arbeit nicht mehr machen. — Auf Zuraten der Nachbarn, die das Elend nicht mehr länger mit ansehen konnten, beantragte Frau E. Erwerbslosenunterstützung.

So sieht also der berühmte Dank des Vaterlandes aus. Mir fielen Heinrich Heines Worte ein vom Fluch dem falschen Vaterlande, wo nur geduldet Schmach und Schande.

II.

Im zweiten Obergebäude, 3 Treppen, wohnt Herr L. bei seinem verheirateten Sohn. Er ist 68 Jahre alt, ist nur noch zum Teil erwerbsfähig, er erhält eine monatliche Rente von 4,50 M. Er wurde bis jetzt vom Sohn unterstützt. Da dieser aber in der letzten Zeit wenig verdient, weil er oft krank war und jetzt in ein Sanatorium kommen soll, so ist der alte Herr L. gezwungen, sich um Arbeit zu bemühen (die er wegen seines Alters in der jetzi-

Seitdem ist er untätig zu Hause. Mit 28 Lebensjahren, jeder Hoffnung auf Besserung beraubt, wartet er auf den Tod. — Von Heilsmitteln will er nichts mehr wissen. Frau K. pflegt und tröstet ihn in der freien Zeit so gut es geht, die Tuberkulosebazillen werden auch in ihrem schlecht ernährten, überarbeiteten Körper einen guten Nährboden finden. So geht ein junges Menschenpaar in der schönsten Blüte der Jahre, der langsamen oder sicheren Vernichtung entgegen.

So steht das Elend aus, das der Krieg geschaffen hat. Darum nie wieder Krieg. Und Kampf gegen die Reaktion, an jedem Tag und erst recht am Wahltag.

## Helland und Hakenkreuz

In dem aus dem 9. Jahrhundert stammenden altniederdeutschen Epos „Helland“ wird den noch von algermanischem Troh besangenen, frühgeborenen Christen Sahlens das „Christentum“ und seine Lehre mundgerecht und schmackhaft gemacht. Christus erscheint da als Heerkönig, seine Jünger als Gefolgsmänner, das Abendmahl nimmt die Gestalt eines Heldenmahles an, des Petrus Schwerdreich wird als großartiger Heldentat gepriesen; von Feindesliebe, Güte, Verzeihen und ausgleichendem Menschentum ist wenig zu spüren, überall leuchtet und blinkt Germanentum und Heldentum hervor. Durch Buchstabenveränderung wurde aus Helland Heliand gemacht, durch Sinnverfälschung der internationale Christus zu einem Nationalhelden erniedrigt.

Im Geiste des gewaltigen Christentums handelten die Helden von Chlodwig und Karl dem Großen, von den Ottonen bis auf Wilhelm den Dritten. Karl der Große brachte den Sachsen das Christentum durch beispiellose Massaker. Das ganze „Christliche“ Mittelalter hindurch hallt es von Schwerterklirren und Schlachtdrommetentönen wider, ob sich das Unternehmen nur Romfahrt, Deutschherrnorden oder Kreuzzug nannte. In Gewalttaten weitete die Ausbreitung dieses Christentums mit Feuer, Schwert und grüner Fahne Mohammeds.

Bis in die allerneueste Neuzeit hinein, auf Schritt und Tritt, begegnet uns der Helland, der den Heliand verdrängt hat, sei es in der christlichen Hünenfahrt nach China, sei es im deutschen Wesen, an dem die Welt mittels Giftgasen genesen sollte, oder im germanischen Gottesgnadentum eines Wilhelm. Als France schimmert und baumelt heute noch der Schwäger in der Hand und an der Hüfte der akademischen Jugend als ein widerständiges Auserwählter gräßlicher Art in „Christlichen“ Verbindungen.

Eine Kostprobe vom Heliand-Christentum, wie es im Kriege von den Lippen aller Feldgeistlichen klang, wollen wir wiedergeben: Dem Soldaten ist das kalte Eisen in die Faust gegeben, und er soll es führen ohne Schwächlichkeit und Weichlichkeit. Der Soldat soll todschießen, soll dem Feind das Bajonett in die

# Streikkrise in Mitteldeutschland

Unter der Arbeiterschaft Mitteldeutschlands ist eine starke Erregung hervorgerufen worden durch ein völlig unmotiviertes Eingreifen der Staatsanwaltschaft in schwebende Arbeitskonflikte. Die Erregung hat zu Aktionen geführt, die spontan entstanden und planlos geführt, die Arbeiterschaft mit neuen Niederlagen bedrohen. Im Mittelpunkt der Ereignisse stehen die Leunawerke, in denen eine Bewegung für den Achthunderttag im Gange war. Die Arbeiter des Werkes wählten einen Aktionsausschuss, was für Staatsanwalt und Sipso das Signal war für Verhaftungen und ähnliche Drangsalierungen der Arbeiter.

Der Aktionsausschuss und der Betriebsrat mahnten dennoch zur Besonnenheit und warnten vor Propagandareisen, die wie stets bei solchen Gelegenheiten, den Versuch machten, die Aktion künstlich zur Weltrevolution aufzupumpen. Die gewählten Vertretungen der Arbeiterschaft, Betriebsrat und Gewerkschaften, bemühten sich um die Beilegung des Konflikts durch Verhandlungen, die gestern zum Abschluss kamen und nach dem Bericht unseres hiesigen Parteiorgans folgendes Ergebnis zeigten:

Die beiderseitigen Organisationen in Gegenwart von Vertretung und Betriebsrat der Leunawerke vereinbarten das folgende:

1. Auf dem Ammonialwerk Merseburg soll grundsätzlich an Stelle der 36-Stunden-Woche die 48-Stunden-Woche durchgeführt werden.

2. In gemeinsamen, sofort auszunehmenden Verhandlungen zwischen Vertretung und Beirat der Arbeiterschaft Leunawerke in Gegenwart der Organisationsvertreter wird der Plan zur Durchführung der 48-Stunden-Woche vereinbart werden. Sollte sich dabei herausstellen, dass diese Einführung der 48-Stunden-Woche an einzelnen Stellen sich zeitlich oder überhaupt unmöglich erweist, so wird diesen Verhältnissen Rechnung getragen werden.

Dazu schreibt unser Parteiblatt in Halle:

Das krankhafte Misstrauen eines großen Teils der Belegschaft zu diesen „Verhandlungen“ hat sich also als unbegründet erwiesen. Die R. A. P. D. mit ihrem Aktionsplan hat sich glänzend blamiert. Ob sie aus dieser Blamage eine Lehre ziehen wird, ist allerdings sehr unwahrscheinlich. Bemerkenswert ist, dass der „Klassenkampf“ sehr spärliche Berichte über diese Angelegenheiten brachte; es hat z. B. eine volle Woche gedauert, bis er den Aufruf des Aktionsausschusses, der doch auch von den R. A. P. D. Mitgliedern angenommen war, veröffentlichte. Man hat scheinbar auch dort ein Haar in der Suppe gefunden. Vielleicht haben auch Rücksichten auf die bevorstehende Wahl der Vertretung gegeben, die Aufklärung der Massen etwas gemäßigter zu betreiben, denn sonst wäre ein schwerer Reinfall der R. A. P. D. unvermeidbar gewesen.

Aber außer den R. A. P. D. Schreibern mischen sich noch andere Unberufene auch jetzt noch in die Angelegenheit. Der Staatsanwalt nämlich. Unsere „Volkszeitung“ in Halle berichtet noch folgendes:

Wie uns jochen noch berichtet wird, sollen angeblich auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Raumburg etwa 15 Arbeiter des Leunawerks, darunter etliche Betriebsratsmitglieder, verhaftet worden sein. — Ueber die eigentlichen „Gründe“ dieses auffälligen Eingreifens des Staatsanwaltes in einen hohen schiedlich-friedlich beigelegten Konflikt war Sichereres noch nicht zu erfahren. Angeblich sollen die Verhaftungen mit Waffen und oder auch mit der Absicht der Waffenschaffung zusammenhängen. Sobald uns Näheres bekannt wird, werden wir ausführlicher berichten.

Es ist schon gut, daß unsere Genossen in Halle zunächst eine nähere Aufklärung über die Gründe des Staatsanwaltes abwarten wollen. Wir glauben indes, daß ein guter Staatsanwalt um „Gründe“ nie verlegen sein wird, wobei ihm gewisse Teile der Arbeiterschaft allerdings lieber die trefflichste Hilfe leisten. Dennoch ist es ein unerhörter Zustand, daß die deutsche Arbeiterschaft bei jedem Streit und bei jeder Lohnbewegung auf die Belästigung durch Polizei und Justiz gefaßt sein muß. Das kennzeichnet die Auffassung, mit der in der deutschen Republik die Staatsgewalt Lohnkämpfen gegenübersteht. Gebt ihnen auch dafür am 20. Februar einen Denkzettel!

## Im Mansfelder Bergrevier

Auch im Mansfelder Bergbau ist eine Lohnbewegung im Gange gewesen, die ebenfalls durch Verhandlungen zu dem Er-

gebnis geführt hat, daß die Werke einen Zuschuß von 2 M. pro Schicht zahlen werden. Dazu erlassen nun die Gewerkschaften des Mansfelder Reviers in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien einen Aufruf, aus dem ersichtlich ist, daß auch bei der Bewegung allerlei konfuse Elemente ihre teppischen Hände im Spiele haben. Der Aufruf lautet:

## Arbeiter Mansfeld!

Unabhängig von der in der gestrigen hiesigen Presse veröffentlichten Nachricht über den Besuch von Vertretern des Oberpräsidenten und der im Anluß daran stattgefundenen Konferenz erklären die Unterzeichner hiermit folgendes:

Durch die ungesetzliche Einführung der Verloppelzeit seitens der Mansfelder Gewerkschaft, die zweifellos propagandiert und gewirkt hat, wurde der Boden zu den Vorkommnissen in den Mansfelder Länden geschaffen, die in den letzten Tagen voriger Woche zu Massen-Aktionen geführt haben. Nachdem einmündig festgestellt ist, daß der Gesamt-Betriebsrats-Ausschuss unter Mitwirkung der Leitung des Bergarbeiter-Berbandes die kritischen Punkte fast gänzlich erledigt hatte, müssen die nachfolgenden Aktionen als vollständig verfehlt bezeichnet werden. Da die gewählten Vertreter auch zukünftig die Interessen der Belegschaft zu wahren verstehen werden, warnen wir umso mehr vor einer Wiederholung derartiger Ausfälle, die in ihren Folgen für die gesamte Arbeiter-Mansfelds unabsehbar sind.

Es ist unter anderem bereits mit zukünftiger Verweigerung von Arbeitsarbeiten gedroht worden.

Sollten derartige Drohungen in die Tat umgesetzt werden, so würde, und das muß jeder vernünftige Bergmann auch einsehen, unabsehbarer, nie wieder gut zu machender Schaden und tiefes Elend über die Mansfelder Lände gebracht werden. Denn bei auch nur vorübergehendem Stillstehen der Pumpen auf den Werken würden die Schächte erstarren und auf Jahre hinaus wäre jede Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit im Mansfelder Bergbau unmöglich.

Gleichzeitig wäre die Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Wasser in Frage gestellt.

Nur Unverantwortliche können sich über die vorstehend angeführten Wahrheiten leichtfertig hinwegsetzen. Die Unterzeichner rufen von diesem Tun und Treiben weit ab und müssen die Verantwortung für die jetzigen Vorgänge sowie für etwa derartig Gespantes ablehnen!

Arbeiter Mansfelds! Haltet fest an den Beschlüssen der gesetzlichen und von Euch gewählten Vertreter.

Eiselen, den 8. Februar 1921.

Der Vorstand des Mansfelder Gewerkschaftsartikels, Die Sozialdemokratische Partei (S. P. D.)

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (U. S. P.)

## Kommunistischer Wirrwarr

Trotz der „Klaren und bestimmten“ Moskauer Richtlinien, trotz des Moskauer Oberkommandos, trotz eiserner militärischer Disziplin und der Allmacht der Zentrale frißt die Krise innerhalb der kommunistischen Partei sich immer weiter. Denn alle Autorität bleibt auf dem Papier, weil wirkliche politische Autorität nur durch Wissen und Charakter erworben werden muß und nicht kindischen Konfusionsklöpfen von Moskau aus verliehen werden kann.

Gestern hat in Berlin eine Funktionärversammlung der Kommunisten stattgefunden, über die die „Rote Fahne“ ausführlich berichtet hat. Und so sehr der Bericht zugunsten Lavis gefärbt ist, so zeigt er doch den Wirrwarr, der in der Partei herrscht, und der deshalb unheilbar ist, weil er nur den Wirrwarr in jedem einzelnen der kommunistischen „Köpfe“ widerspiegelt. Die Opposition, die durch eine gewisse Ruth Fischer als Korrespondentin vertreten wurde, richtet sich hauptsächlich gegen den Referenten Levi und die Zentrale. Dieser wurde vorgeworfen, daß sie einerseits sich „politische Interessenlosigkeit“ zuschulden kommen lasse, andererseits rein willkürlich die Berliner Landtagswahlen ohne jede Begründung abgeändert habe. Die Aufnahme der R. A. P. in die dritte Internationale müsse zwar auch abgelehnt werden. Aber schuld sei die R. A. P. selber infolge ihres Opportunismus. Die R. A. P. sei nichts weiter als „ein Spiegelbild der Sünden in der R. P. D.“ Die Aufnahme der Syndikalisten in die rote Gewerkschaftsinternationale aber sei in Ordnung. Im Gegensatz zu dem opportunistischen Levi präsidierte diese „Politikerin“ die Spaltung der italienischen Partei.

## Tages-Notizen

Berichtungen von New York. Sonntag, 13. Februar, 7 Uhr, spielt das erste Mitglied der Deutschen Operntruppe hiesige Opern-Opern. Quartett in der Schulastr. 34. Werke von Mend. Weibchen, Dora. Karten zu 2 M. bei den bekannten Verkaufsstellen und im Rathaus, Zimmer 218.

Stichtilberbeiträge. Sonntag, 14. Februar, 7 1/2 Uhr, Reichshaus, Bobbitzstr., Kreis-Tagesblätter. Thema: „Mit dem Wandertage durch die Welt“ unter Mitwirkung des Arbeiterverbandes der Nationalisten und der Reichshaus-Sprechereisung. Karten 50 Pf., im Rathaus, Zimmer 218 und Abendessen.

Schule und Erziehung. Der Arbeitsausschuss der demokratischen und sozialistischen Elternvereine an den höheren Schulen Groß-Berlins veranstaltet Freitag, 11. Febr., abends 7 Uhr, in der Aula des „Wilhelm-Gymnasiums“, Behrenstr. 15, seine erste öffentliche Versammlung, in der Prof. Dr. Reich über Fortschritt und Rückschritt in den Elternvereinen sprechen wird. Der Arbeitsausschuss läßt alle Elternvereine, Ortsvereine und Interessenten zu der Veranstaltung ein.

Der Bund sozialistischer Schullehrer, Reichsverband Groß-Berlins, läßt den Reichsleiter des Innern und den Reichsleiter im Sinne der §§ 9 und 11 des Reichsvereinsgesetzes vom 12. Mai 1920 an diesem Tage in den nachfolgenden Verfassungen, bzw. in der Oberprüfungsstelle, eine Vertretung einbringen.

Theater. Im Komödiantenhaus Sonnabend Aufführung von Hans Schmanna-Schmitt „Das weiße Kämmchen“ mit Max Gailubert.

Verträge. In der Gesellschaft für Betriebsführung sprechen im großen Saal des Kaufmannshaus, abends 7 1/2 Uhr am 11. Febr., über Einkünfte Bezugslehre und ihre Bedeutung für die Betriebsführung der Gegenwart, Prof. Dr. Seyditz, am 12. Febr. über Kassen und Kassenzugang, Prof. Dr. Seyditz, am 13. Febr. über den Untergrund des Eisenbahnwesens (Sprengel), Unterweltliche, Springer, am 15. März über die künftige deutsche Kunst, Dr. C. W. Müller, am 1. und 2. Sonntag (Mittwoch) — Prof. Dr. Sievers spricht Freitag, den 11. Febr., 8 Uhr, im Kaiserinmarienhaus, Schöneberger Allee 39, über Wandertage durch das alte Japan (mit Lichtbildern).

Volkskundliche Kongress der Staatsoper. Die Jubiläum der Staatsoper wird in Anknüpfung ihrer volkstümlichen Vorstellungen Konzerte zu ermöglichen werden im großen Schauspielhaus veranstaltet. Das erste Konzert findet Sonntag, 27. Februar, vorm. 11 1/2 Uhr, statt. Der Fortschritt der Kunst (Viertel von 6-26 M.) beginnt am den Rufen des großen Schauspielhauses, der Jubiläumstage am Dienstag, Sonntag, 12. Februar.

Verleger Max Dornal, der hervorragende Kunsthändler der Wiener Allee, 11, ist nunmehr wieder zuhause.

Der Höhepunkt der Konfusion wurde aber in den Auseinandersetzungen über die Stellung zur Pariser Konferenz und über die Frage eines militärischen Bündnisses mit Sowjet-Rußland erreicht, worin die Frage eines Krieges gegen die Entente ja eingeschlossen ist. Auf diese national-bolschewistischen Zweideutigkeiten werden mit noch zurückkommen müssen. Die Versammlung selbst wurde vertagt.

## Der Marburg

In dem Prozeß gegen die Marburger Studenten, welche unbewaffnete Arbeiter angeblich auf der Flucht erschossen haben, trat wieder einmal der Widerstand zutage, daß in solchen Prozessen die Angehörigen der Getöteten keine Befugnis haben, auf eine erschöpfende Beweisaufnahme hinzuwirken. Wohllich war es in den Prozessen, die aus Anlaß der Ermordung Haases, Rosa Luxemburgs, Liebknechts und anderer Führer der Arbeiterschaft anhängig geworden sind. In allen diesen Fällen hing es ganz von der Staatsanwaltschaft und dem Gericht ab, ob und welche Zeugen vernommen wurden. Zur Beilegung dieses Mißstandes beantragte der Genosse Dr. Rosenfeld im Rechtsausschuß des Reichstages bei der jetzt geplanten Strafprozessreform, daß in allen Prozessen die Verletzten und nach ihrem Tode ihre nächsten Verwandten das Recht haben sollen, als Nebenkläger aufzutreten. Rosenfeld wies unter Vertreter und auch Abg. Rabrau (Soz.) auf die Notwendigkeit dieser Reform hin. Der Antrag des Genossen Rosenfeld wurde abgelehnt, und es wurde nur ein Antrag Stodau (Dem.) angenommen, nach welchem die Regierung ersucht wurde, bei der kommenden Strafprozessreform eine Erweiterung des Rechts der Nebenklage im Sinne des Antrages Rosenfeld, in Erwägung zu ziehen. Damit ist natürlich gar nichts erreicht. Hoffentlich gelingt es unseren Genossen, bei der Beratung im Reichstage diese dringende Reform doch noch zur Annahme zu bringen.

## Der Grundbesitz in Böhmen

Bekanntlich ist in der Tschechoslowakei die Konfiskation des Großgrundbesitzes beschlossen worden. Die jetzt veröffentlichten Daten ergeben folgendes: Böhmen hat insgesamt ein Flächenmaß von 5 194 500 Hektar. Der Boden gehört 1 237 085 Bürgern, davon haben aber 531 910 nicht mehr als 1/2 Hektar Boden, 544 000 Eigentümer haben bis zu 5 Hektar, der Mittelbesitz ist also äußerst schwach vertreten. 81 Prozent der Besitzer haben 12 1/2 Prozent des Grundbesitzes, 19 Prozent der Besitzer aber haben die restlichen 87 1/2 Prozent. 700 Personen besitzen 1 849 142 Hektar Boden, 151 Personen haben Grundstücke im Ausmaß von über 2000 Hektar. Die alten Adelsgehörte der Lobkowitz, Kinsky, Windischgrätz, Waldstein, Harrach, Buquoy, Czernin und der Omlitzer Erzbischof haben Grundbesitz im Ausmaß von 20 000—30 000 Hektar, Kaiser Franz und Erzherzog Karl haben über 30 000 Hektar, Sibirien hat 36 180 Hektar, Fürstenberg 39 162, Colloredo-Mansfeld 57 691 Hektar, Schwarzenberg 177 310 Hektar. Der katholischen Kirche gehört seit dem 17. Jahrhundert 150 305 Hektar Boden. Das Gesamtvermögen der Kirche wird in Böhmen mit 209 Millionen Goldkronen veranschlagt, die jährlichen Einnahmen mit 15 1/2 Millionen Kronen.

Nun wird durch die Beschlagnahme der Großgrundbesitzer über 200 Hektar diesen unbilligen Verhältnissen das lang verdiente Ende bereitet und dem Feudaladel und der Kirche die Grundlage ihrer Vormachtstellung entzogen.

## Die Ausstellung der Wahlcheine

„Ist jemand am Sonntag, dem 20. Februar, verhindert, an seinem Wohnort, d. h. dort, wo er in die Wählerliste eingetragen ist, sein Wahlrecht auszuüben, weil er am Wahltag außerhalb seines Wohnortes weilt, so kann er sich einen Wahlchein ausstellen lassen, auf Grund dessen er an einem beliebigen Orte in Preußen seine Stimme abgeben kann. Der Grund, weshalb er auswärts weilt, kann in der Ausstellung seines Berufes liegen, z. B. bei Geschäftsreisen, Schiffen, Eisenbahnbediensteten, oder er kann persönlicher Natur sein: Es wird z. B. jemand veranlaßt, plötzlich eine Reise zu unternehmen, die ihn über den Wahltag hinaus von seinem Wohnort fernhält.“

Was hat man nun zu tun, um einen Wahlchein zu erlangen? Man geht, mit einem Kupon über seine Person versehen, nach der Stelle, die die Wählerliste aufgestellt hat, also zum Magistrat oder Gemeindevorstand. Für Berlin, d. h. für den alten Stadtkreis also ohne Vorort, nach dem Wahlbüro, Siraalauer Str. 44-45, geöffnet von 8-5 Uhr, am Sonntag von 8-1 Uhr. Bedingung ist, daß man in die Wählerliste eingetragen ist. Dort gibt man den Grund zur Ausstellung des Scheines an und erhält, wenn alles in Ordnung ist, den Wahlchein. Es wird darauf hingewiesen, daß nach der Erfahrung bei der letzten Wahl in den letzten drei Tagen der Andrang des Publikums so groß ist, daß ein Stundenlanges Warten bei der Abfertigung nicht vermieden werden kann. Es ist deshalb dringend zu raten, sich rechtzeitig um die Ausstellung eines Wahlcheines an demselben. Der letzte Termin für die Ausstellung eines Wahlcheines ist Freitag, der 18. Februar. Wer verhindert ist, persönlich zu erscheinen — das persönliche Erscheinen ist auf jeden Fall zu empfehlen — kann auch unter Beifügung von 40 Pf. als Rückporto schriftlich den Antrag einbringen. Ein Wahlchein kann aber auch in zwei Fällen beantragt werden, ohne daß der Wähler seinen Wohnort verläßt. Will jemand, der ein körperliches Leiden oder Gebrechen hat, ein für ihn günstiger gelegenes Wahllokal als das zuständige amtliche aussuchen, so kann er dies auf Grund eines Wahlcheines. Also z. B. einen Wahlraum, der zu ebener Erde liegt, anstatt eines, zu dem Stufen oder gar Treppen führen. Ferner: Will ein Wahlberechtigter nach Schluß der Ausstellungsfrist, also nach dem 20. Januar in einen anderen Wahlbezirk verzogen, z. B. von der Ritterstraße nach der Invalidenstr. so kann er einen Wahlchein beantragen.

Bei allen bisher angeführten Fällen kann der Wahlchein nur ausgestellt werden, wenn der Antragsteller in der Wählerliste verzeichnet ist. Nun gibt aber die Wahlordnung Fälle an, in denen ein Wahlchein ausgestellt werden kann, ohne daß eine Eintragung in die Wählerliste stattgefunden hat. Der Punkt, der am meisten interessiert, ist die Bestimmung, daß wer, ohne sein Versehen verkannt hat, rechtzeitig gegen das Fehlen seines Namens in der Wählerliste Einspruch einzulegen, kein Wahlrecht sichern kann, indem er einen Wahlchein beantragt. Wer also z. B. nachweisen kann, daß er während der Ausstellungsfrist (23.—30. Januar) durch Krankheit oder eine Reise verhindert war, Einspruch einzulegen, kann einen Wahlchein beantragen, somit sein Wahlrecht ausüben.

## Frauenversammlung 14. und 15. Distrikt

Am Dienstag, 8. Februar, sprach Genossin M. Demming in einer Frauen-Versammlung über das Thema: Die Frauen und die Landtagswahl. Gen. Demming schilderte mit viel Herzen gebenden Worten vor den etwa 300 Frauen, wie es die kapitalistischen Klassen immer verstanden haben, aus der Arbeiterschaft des Proletariats ihre Reichtümer zu erzielen. Sie erzählte die Schandthaten der Justiz, die opferreichen Opfer des Wahlkreises, das ungeheure Kinderelend, und fand in den Herzen der Zuhörerinnen volles Verständnis. Obwohl einige bürgerliche Damen im Hintergrund eifrig Notizen machten, wogte doch trotz der Schwärzung ihrer Redefreiheit keine von ihnen, das Wort zu nehmen. Die Versammlung nahm einen harmonischen Verlauf und schloß mit einem kräftigen Hoch auf die U. S. P. D. Eine Reihe von Renaufnahmen für die Partei wurden gemacht.

Rippen bohren, soll die laufende Klinge auf den Gegner schmettern. Das ist seine heilige Pflicht, ja das ist sein Gottesdienst. Ihr Russen, ihr Franzosen, ihr Belgier und vor allem ihr englischen Kanakillen, da habt ihr, was euch zukommt: Kalt Eisen!

So sprach ein angeblicher Diener Christi im Kriege.

Was kann es für eine schlimmere Erniedrigung geben als dieses Handgranaten-Christentum? Es lebt freischützlich weiter, wird von verböhrten Lehrern und Geistlichen unseren armen Kindern gelehrt. Dieses Hellsand-Mörderium hat sich in den Hirnen verirrter Menschen festgesetzt und aus dem Kreuze ein Hakenkreuz gebildet. Keine Feindesliebe predigt es, sondern Völkerverhöhnung, Hoch und Verfolgung.

Kreuz und Christentum haben sich so verhaßt. Sinn- und Zeichenverfälschung haben aus Wahrheit Lüge und aus Liebe Hoch und Mordgier gemacht. G. R.

Goethe und der bayerische Zensur. Wie wir mitgeteilt haben, hat die bayerische Zensur in München im Verlag von Georg Müller griechische, römische, italienische und französische Meisterwerke der Weltliteratur beschlagnahmt, darunter den griechischen Hirtentrommel von Daphnis und Chloe von Longus. Ueber dieses Wort sagte Goethe zu Eckermann am 9. März 1831: „Das ist auch ein Meisterstück, das ich oft gelesen und bewundert habe, worin Verstand, Kunst und Geschmack auf ihrem höchsten Gipfel erscheinen, und wogegen der gute Virgil freilich ein wenig zurücktritt.“

Wenige Tage später, am 20. März, kam er auf die Dichtung nochmals zurück und lobte sie in überschwenglichen Tönen: „Das Gedicht ist so schön, daß man den Eindruck davon, bei den schlechten Umständen, in denen man lebt, nicht in sich behalten kann, wenn man es wieder liest. Es ist darin der hellste Tag und man glaubt, lauter herkulische Bilder zu sehen, sowie auch diese Gemälde auf das Buch zurückwirken und unserer Phantasie beim Lesen zu Hilfe kommen. Und doch bei aller mächtigen Abgeschlossenheit ist darin eine vollständige Welt entwickelt. Wir sehen Hirten aller Art, Feldbauertreibende, Gärtner, Winzer, Schiffer, Räuber, Krieger und vornehmliche Städter, große Herren und Leibeigene.“

Und nun die Landschaft, die mit wenigen Strichen so entschieden geschildert ist, doch wir in der Höhe hinter den Personen Weinberge, Obstgärten und Acker sehen, unten die Weidplätze mit dem Fluß und ein wenig Waldung, sowie das ausgedehnte Meer in der Ferne. Und keine Spur von trüben Tagen, von Nebel, Wolken und Feuchtigkeit, sondern immer der blaueste, reinste Himmel, die anmutigste Luft und ein beständig trockener Boden, so daß man sich überall niederlegen möchte. Das ganze Ge-

